

Mosambik

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	7
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	10
Streitkräftestruktur	10
Bewaffnung der Streitkräfte	12
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	16
Polizei und andere Sicherheitskräfte	17

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	18
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	18
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	19
Innere Lage im Empfängerland	23
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	25
Bedrohung von Alliierten	27
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	27
Unerlaubte Wiederausfuhr	31
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	31

ZUSAMMENFASSUNG

Sicherheitssektor in Mosambik

Mosambik besitzt keine eigene Rüstungsindustrie und ist komplett von ausländischen Importen abhängig. Daher spielt Mosambik im globalen Handel mit Waffen und Rüstungsgütern eine untergeordnete Rolle. Zwischen 2018 und 2022 nahm das Land weltweit den 106. Platz unter den Waffenimporteuren ein. Seine größten Lieferanten waren in diesem Zeitraum Indien, Russland und Südafrika. Aber auch Lieferungen durch einen unbekanntem Exporteur 2022 machten einen erheblichen Teil aus. Aus deutscher Sicht ist Mosambik kein zentrales Empfängerland für Rüstungsexporte. Schwere Waffen lieferte Deutschland in den letzten 20 Jahren nur im Jahr 2015 an das südafrikanische Land: Sechs Leichtflugzeuge des Typs Mirage GX. In einigen Fällen lehnte die Bundesregierung den Export von Rüstungsgütern nach Mosambik mit Hinweis auf das Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie bzw. die innere Lage im Empfängerland ab.

Die Streitkräfte Mosambiks, die Forças Armadas de Defesa de Moçambique (FADM), umfassen Heer, Marine und Luftwaffe. Sie gingen 1994 aus dem Zusammenschluss der damaligen Streitkräfte, den Forças Armadas de Moçambique (FPLM) und den bewaffneten Kräften des Resistência Nacional Moçambicana (RENAMO), hervor. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Bewahrung der territorialen Integrität und inneren Sicherheit des Landes sowie im Kampf gegen Piraterie und Menschen schmuggel. Mit 11.000 Soldat:innen sind die FADM nicht besonders groß. Die Ausrüstung stammt überwiegend aus ehemaligen Sowjetbeständen und wurde dem Land zu großen Teilen in den 1980er Jahren gebraucht übereignet. Dementsprechend ist es in fast allen Bereichen veraltet.

Einst als Nation-Building Projekt entwickelt, waren die Streitkräfte Mosambiks in den 80er Jahren eine gut ausgestattete und große konventionelle Armee. Im irregulären geführten Bürgerkrieg (1977- 1992) gegen RENAMO büßte die Armee jedoch Effektivität und vor allem Rückhalt in der Gesellschaft ein. Politische Reibereien innerhalb der Regierung über die Größe und Zusammensetzung der neuen Streitkräfte nach Ende des Krieges führten dazu, dass das Militär immer mehr an Bedeutung verlor und im Jahr 2000 kaum in der Lage war bei der Flutkatastrophe Hilfe im eigenen Land zu leisten. Derzeit werden die FADM durch bewaffnete Aufstände islamistischer Truppen, insbesondere in der nördlichen Provinz Cabo Delgado herausgefordert, denen sie schon seit Jahren nicht angemessen begegnen können. Die Rapid Intervention Unit der Streitkräfte fiel immer wieder durch Menschenrechtsverbrechen auf, die von staatlicher Seite nicht geahndet werden. Insbesondere im Norden des Landes sind sie für Folter und außergerichtliche Tötungen von Menschen verantwortlich, die verdächtigt werden mit ASWJ verbunden zu sein.

Auch die Polizei Mosambiks, die Polícia da República da Moçambique (PRM), ist in den letzten Jahren häufiger durch Polizeigewalt gegen Demonstrant:innen aber auch gegen Journalist:innen und Oppositionelle aufgefallen. Berichten von Amnesty International zufolge ist die Zivilbevölkerung darüber hinaus regelmäßiger Schikane und Erpressung durch Polizeikräfte ausgesetzt. Hier sind die internen Kontrollmechanismen unzureichend.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union

Zwischen 2001 und 2015 galt Mosambik als einer der wenigen Erfolgsfälle eines Peacebuilding-Prozesses und des damit verbundenen Wiederaufbaus. Das Land wies stabile Zuwächse von fünf bis zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf. Diese basieren zu großen Teilen auf dem Export natürlicher Ressourcen; allen voran Öl und Flüssiggas. Große Vorkommen an Erdgas wurden 2011 vor der Küste der Provinz Cabo Delgado entdeckt. Zwischen 2000 und 2017 stieg der Anteil an Staatseinnahmen aus dem Export natürlicher Ressourcen am Bruttoinlandsprodukt von sechs Prozent auf knapp 19 Prozent an. Diese Einkommen kamen und kommen jedoch zumeist nur wenigen Bürger:innen zugute. Insbesondere der Norden bleibt trotz Ressourcenreichtum marginalisiert, was zum Aufstieg der islamistischen Bewegung Ansar al-Sunna, lokal auch als al-Shabaab bekannt, führte. Mit dem sich ausweitenden Konflikt mit Al Shabab im Norden des Landes sanken in den letzten Jahren nicht nur die aus Rohstoffexporten erzielten Einnahmen und damit das BIP des Landes, sondern auch die ausländischen Direktinvestitionen.

Mosambik ist einigen wichtigen Abrüstungs- bzw. Rüstungskontrollverträgen nicht beigetreten. Dazu gehören viele der älteren Abkommen zur Begrenzung von Massenvernichtungswaffen wie etwa das Chemiewaffenprotokoll oder der partielle atomare Teststopp Vertrag von 1963. Dagegen ratifizierte die Republik 2008 den Vertrag von Pelindaba, der als wichtigster regionaler Vertrag im Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle gilt. Mosambik unterzeichnete zudem das Firearms Protocol der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (Southern African Development Community, SADC).

Im Bereich der Bekämpfung internationaler Kriminalität ist das Land allen relevanten Abkommen beigetreten. Nichtsdestotrotz stellt internationale organisierte Kriminalität ein großes Problem für das Land dar. Bedingt durch seine Lage am Indischen Ozean und den im Vergleich zu Südafrika schwachen Grenzkontrollen ist das Land schon lange als Transitland für diverse illegale Güter aus und in die Nachbarländer bekannt. Hohe Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und bis in die höchsten Ämter verbreitete Korruption stellen weitere Faktoren dar, die dazu beitragen, dass organisierte Kriminalität in Mosambik endemische Ausmaße annimmt. Vor diesem Hintergrund können illegale Wiederausfuhren von Waffen nicht ausgeschlossen werden – auch wenn es dafür derzeit keine konkreten Belege gibt.

Mit Ausnahme des sogenannten Sozialpaktes (Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) ist Mosambik allen nennenswerten UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten. Dementsprechend schätzt auch Freedom House Mosambik als „teilweise frei“ ein. Dennoch ist im Verlauf der letzten Jahre eine Verschlechterung der Menschenrechtssituation im Land zu beobachten. Seit den ersten Wahlen im Mehrparteiensystem 1994 hat die FRELIMO jede Wahl mit absoluter Mehrheit gewonnen. Nationale und internationale Beobachter:innen prangern dabei immer wieder Betrug an. Im Zuge des Konflikts in Cabo Delgado wurden fast eine Million Menschen zu Binnenvertriebenen, die keinen angemessenen Zugang zu Nahrung, Wasser, Bildung und Gesundheit haben. Vor allem Frauen erleben zudem sexualisierte Gewalt durch die für die Registrierung oder Nahrungsmittelausgabe zuständigen Behörden.

Mosambik gilt mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 440 US-Dollar als „low income country“ und weist das drittniedrigste Einkommen weltweit auf. Mosambik ist zudem ein „heavily indebted poor country“, trotz eines gravierenden Schuldenerlasses

im Jahr 2005. Die Wirtschaft ist nicht kompetitiv, wenig diversifiziert und basiert zu großen Anteilen auf Agrarwirtschaft und dem Export von Rohstoffen. Die Wirtschaft gilt somit als höchst vulnerabel, insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel. Mit einem HDI-Wert von 0,446 gilt Mosambik außerdem als „Least Developed Country“ und schneidet auch im regionalen Vergleich schlecht ab. Die meisten sozialen Indikatoren zeigen sich entsprechend als desaströs – nur punktuell konnten in den vergangenen Jahren Erfolge erzielt werden. Insbesondere Unterernährung und extreme Armut sind weit verbreitet. Die Gefahr, dass überhöhte Militärausgaben die Entwicklung beeinträchtigen, ist im Hinblick auf die hohe Verschuldung, der hohen Abhängigkeit von Entwicklungshilfe sowie der durchwachsenen Entwicklung in den vergangenen Jahren, gegeben. Rüstungsexporte sollten nach Kriterium 8 der EU-Rüstungsexportkriterien – auch entsprechend der BICC-Datenbankbewertung – als kritisch betrachtet und entsprechend abgewägt werden.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 2002-2022 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2002	---	---
2003	---	---
2004	---	---
2005	---	---
2006	---	---
2007	---	---
2008	---	---
2009	---	---
2010	---	---
2011	Jagdgewehre (A0001/56,8 Prozent); Munition für Revolver, Pistolen, Jagdwaffen und Sportwaffen (A0003/43,2 Prozent)	0,013
2012	---	---
2013	Minenräumgeräte [Hilfsorganisation], und Teile für Minenräumgeräte [Hilfsorganisation] (A0006/97,4 Prozent)	0,770
2014	Landegrids für Marinefahrzeuge (A0009/98,4 Prozent)	0,213
2015	Teile für Minenräumausrüstung [Hilfsorganisation] (A0006/100 Prozent)	0,100
2016	---	---
2017	---	---
2018	---	---
2019	---	---
2020	Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission] (A0006/100 Prozent)	0,279

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2021	---	---
2022	---	---

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2002-2022, verfügbar auf der Website des Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de/>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 2002–2022

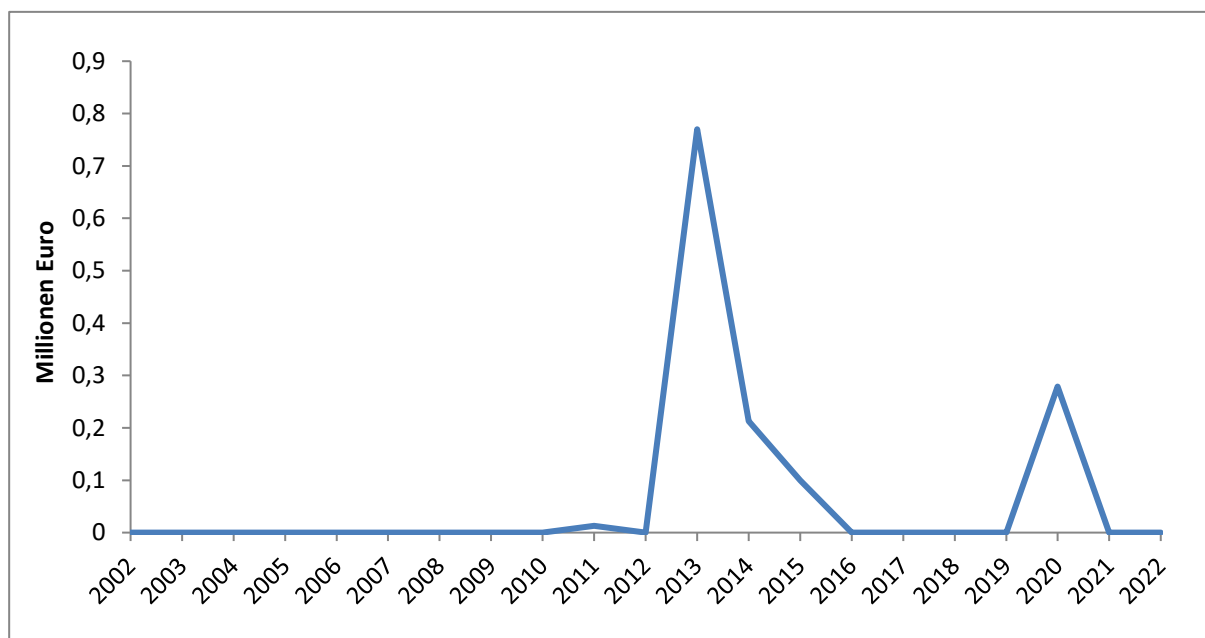


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Mosambik 2002-2022

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
(6)	Mirage	Leichtflugzeug	(2014)	2015	(6)	GX Version

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Mosambik ist kein zentrales Empfängerland deutscher Rüstungsexporte. Schwere Waffen lieferte Deutschland in den letzten 20 Jahren nur einmal, nämlich sechs

Leichtflugzeuge des Typs Mirage GX im Jahr 2015. Sonstige Rüstungsgüter gingen meist statt an die FADM (Forças Armadas de Defesa de Moçambique) an andere Empfänger im Land. So genehmigte die Bundesregierung in den Jahren 2013 und 2015 den Export von Minenräumgeräten und Zubehör im Wert von 770.374 bzw. 100.000 Euro an Hilfsorganisationen im Land. Im Jahr 2020 erhielt nach Angaben des Rüstungsexportberichts eine UN-Mission in Mosambik Geländewagen mit Sonderschutz im Wert von 289.080. Informationen, um welche Mission es sich konkret handelte, fehlen jedoch. Offiziell war zu diesem Zeitraum keine offizielle UN-Mission im Land aktiv.

In einigen Fällen lehnte die Bundesregierung den Export von Rüstungsgütern nach Mosambik ab. So wurde mit Bezug auf Kriterium 7 des gemeinsamen Standpunktes (Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie) 2011 der Export von Handfeuerwaffen (AL 0001) und 2014 unter Bezug auf Kriterium 3 (Innere Lage im Endbestimmungsland) der Export von militärischen Luftfahrzeugen bzw. -technik (AL 0010) abgelehnt.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Mosambik 2018-2022, Mio. TIV¹

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2018-2022
Summe	-	22	1	16	5	44

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

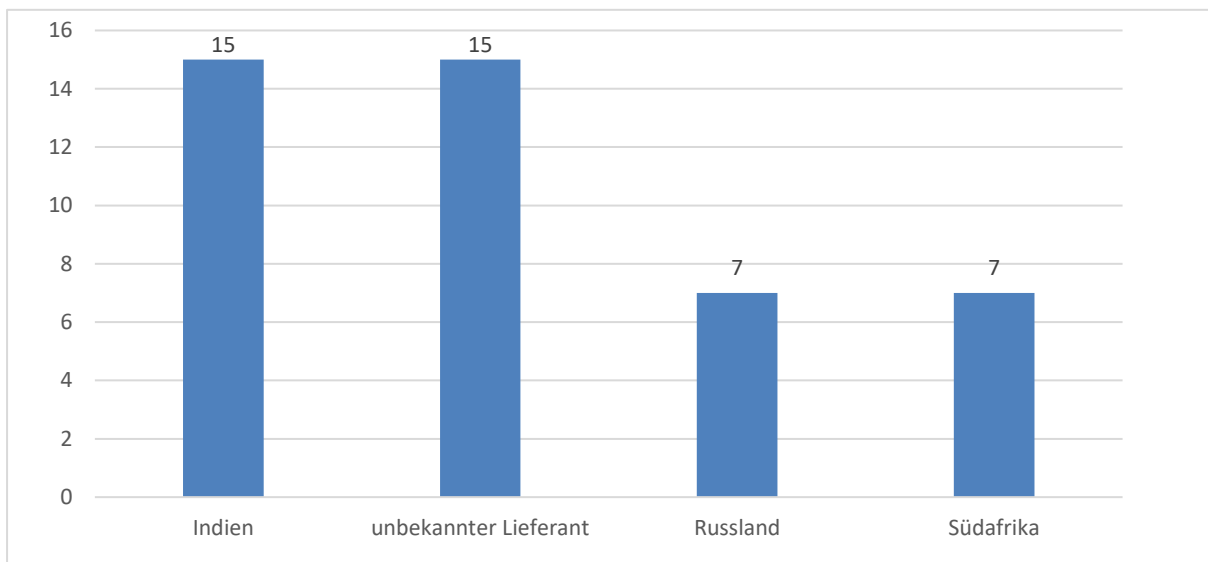
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Mosambik 2018-2022, Mio. TIV

Da Deutschland zwischen 2018 und 2022 keine kompletten Großwaffensysteme nach Mosambik geliefert hat, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten der Rüstungsgüter 2018-2022, Mio. TIV

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Mosambik spielt im globalen Handel mit Waffen und Rüstungsgütern eine eher untergeordnete Rolle. Zwischen 2018 und 2022 nahm das Land weltweit den 106. Platz unter den Waffenimporteuren ein. Seine größten Lieferanten waren in diesem Zeitraum Indien, Russland und Südafrika, jedoch 2022 auch ein unbekannter Lieferant. Die indischen Rüstungslieferungen, welche als Militärhilfe eingeführt wurden, entfallen auf zwei L&T Fast Interceptor Patrouillenboote. Diese wurden 2019 anlässlich eines Besuchs des indischen Verteidigungsministers Rajnath Singh an die Marine Mosambiks übergeben. Die Lieferungen durch den unbekanntenen Exporteur umfassen zwei gebrauchte Mi-24V/Mi-35 Kampfhubschrauber sowie drei gebrauchte Mi-8MT/Mi-17 Transporthubschrauber, die alle 2021 geliefert wurden. SIPRI gibt hierzu an, dass die genannten Fluggeräte über Unternehmen aus Südafrika und den VAE verkauft worden sind. Als nächstgrößter Lieferant schickte Russland ebenfalls 2019 einen Mi-8MT/Mi-17 Transporthubschrauber. Südafrika exportierte zwischen 2020 und 2021 sowohl sechs gepanzerte Fahrzeuge des Typs Marauder als auch zwei leichte und gebrauchte Hubschrauber SA-341 Gazelle. 2022 lieferte Südafrika ein gebrauchtes CN-235 Transportflugzeug sowie ein gebrauchtes, leichtes L-410 Turbolet Transportflugzeug.

In den Jahren zuvor waren China und das Vereinigte Königreich die wichtigsten Lieferanten von Rüstungsgütern bzw. Waffensystemen. Aus China kamen zwischen 2014 und 2016 zwölf gepanzerte Fahrzeuge des Typs WZ-551 und zwölf weitere des Typs VN-3. Aus den Vereinigten Königreichen bezog Mosambik ebenfalls gepanzerte Truppentransporter, nämlich 25 gebrauchte AT-105 Saxon und 40 FV-432 im Jahr 2013.

Als kostenlose Militärhilfen bezog das Land zudem drei EMB-312 Tucano Trainingsflugzeuge aus Brasilien (2014), zwei Leichtflugzeuge des Typs Cessna-337/O-2 aus Portugal (2011-2012) sowie ein gebrauchtes Patrouillenboot Conejera aus Spanien (2013).

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

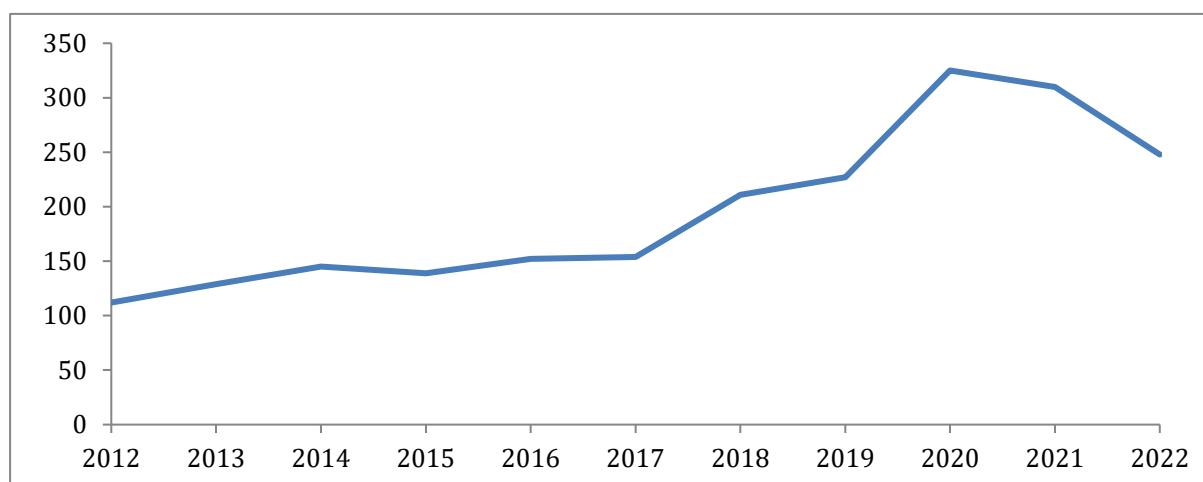
	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	211	227	325	310	248
Anteil am BIP (in Prozent)	1,3	1,4	2,0	1,9	1,5
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	4,2	4,7	6,2	6,3	4,7

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2012 – 2022 in Mio. USD

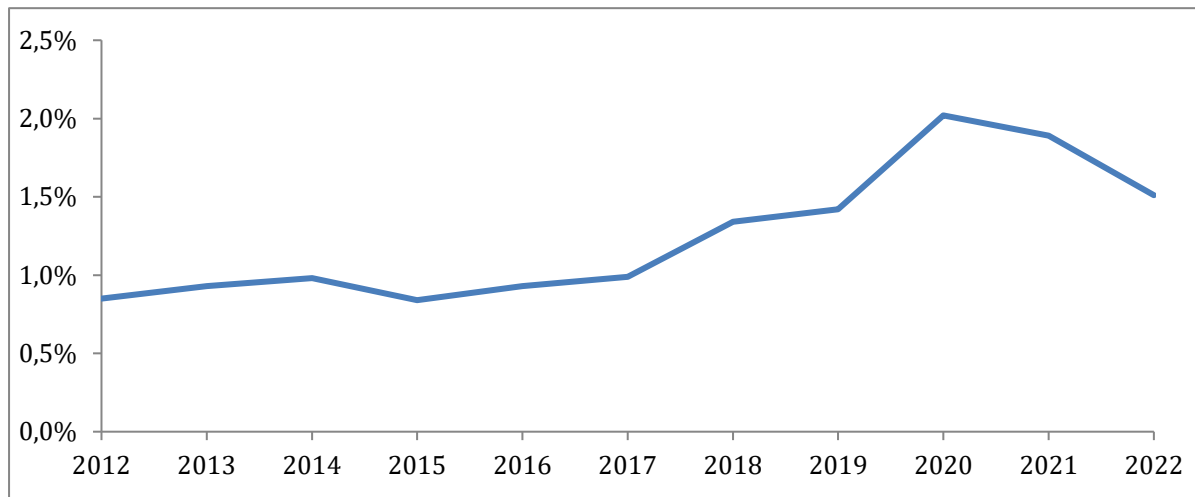


Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2012 – 2022 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Mosambik besitzt keine eigene Rüstungsindustrie und ist komplett von ausländischen Importen abhängig.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja; 2 Jahre

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

11.200 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 10.000

Marine: 200

Luftwaffe: 1.000

Quelle: IISS Military Balance 2023

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2014–2022

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	11,2	11,2	11,2	11,2	11,2	11,2	11,2	11,2	11,2
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3

Quellen: IISS Military Balance, 2015-2023, World Bank

Kommentar

Die Streitkräfte Mosambiks, die Forças Armadas de Defesa de Moçambique (FADM), umfassen Heer, Marine und Luftwaffe. Sie gingen 1994 aus dem Zusammenschluss der damaligen Streitkräfte, den Forças Armadas de Moçambique (FPLM) und den bewaffneten Kräften des Resistência Nacional Moçambicana (RENAMO) hervor.

Hauptaufgabe der FADM besteht in der Bewahrung der territorialen Integrität und inneren Sicherheit des Landes sowie im Kampf gegen Piraterie und Menschensmuggel. Militärische Partnerschaften bestehen mit China, Russland und Portugal. Es besteht eine Wehrpflicht von zwei Jahren, die für Männer und Frauen gleichermaßen gilt.

Mit 11.000 Soldat:innen sind die FADM nicht besonders groß. Insbesondere die Marine, aber auch die Luftwaffe ist mit 200 bzw. 1.000 Soldat:innen kaum in der Lage, die Küsten des Landes zu kontrollieren bzw. das Heer logistisch oder durch Nahunterstützung effektiv zu unterstützen. Mit 0,3 Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen liegt es unter dem regionalen Durchschnitt (Südafrika 1,2; Malawi 0,5; Botsuana 3,8; Sambia 0,8; Tansania 0,4). Auf dem Globalen Militarisierungsindex belegt das Land aktuell (2022) Rang 106.

Die Ausrüstung, die Mosambik zu großen Teilen in den 1980er Jahren gebraucht übergeben wurde, stammt überwiegend aus ehemaligen Sowjetbeständen. Dementsprechend ist sie in fast allen Bereichen veraltet.

Bewaffnete Aufstände islamistischer Truppen, insbesondere in der nördlichen Provinz Cabo Delgado, stellen die FADM derzeit vor extreme, ungelöste Herausforderungen. Ausbildungshilfe unter anderem von US-Kräften, aber auch von diversen privaten Sicherheits- bzw. Militärfirmen, sollten in der Vergangenheit zur Problembewältigung beitragen. In Verruf geriet diese Herangehensweise, als unter anderem die sogenannte Wagner Gruppe – eine dem Kreml nahestehende private Militärfirma – den Kampf gegen die Islamist:innen übernehmen sollte. Seit 2021 sind nun etwa 3.000 Soldat:innen der Southern African Development Community Mission aus Südafrika, Angola, Tansania, Simbabwe und Botsuana, unterstützt von 1.500 Soldat:innen aus Ruanda, im Land. Ihr Ziel ist es, das Land zu stabilisieren und die nördlichen Provinzen, in denen große Ölvorkommen lagern, wieder unter Kontrolle der mosambikanischen Regierung zu bringen.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	Mehr als 60	
Aufklärer	30	
Schützenpanzer	40	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	338	
Artillerie	126	
Panzerabwehr	Einige	
Luftabwehr	Mehr als 330	Davon 40 eingelagert

Quelle: IISS Military Balance 2023

Kommentar

Das Heer bildet mit etwa 9.000 bis 10.000 Soldat:innen die größte Teilstreitkraft der FADM. Es gliedert sich in sieben leichte Infanteriebataillone, drei Bataillone Spezialeinheiten, zwei bis drei Artilleriebatterien, zwei Pionierbataillone sowie ein Logistikbataillon.

Die dem Heer zu Verfügung stehenden Waffensysteme sind allgemein veraltet und in einem sehr schlechten Zustand. So schätzt die Military Balance des IISS nur etwa 10 Prozent der Ausrüstung überhaupt als einsatzfähig ein. Das Heer verfügt zwar über mehr als 60 Kampfpanzer – was vergleichsweise viel ist –, es handelt sich dabei jedoch ausschließlich um veraltete T-54. Diese wurden 1982 bereits gebraucht aus der ehemaligen Sowjetunion eingeführt. Auch die 40 Schützenpanzer des Typs BMP-1 stammen noch aus sowjetischer Produktion. Wer diese Waffen lieferte, lässt sich nicht mehr nachvollziehen. Es ist allerdings naheliegend, dass es sich um gebrauchte Geräte aus den ehemaligen Warschauer Pakt-Staaten handelt. Ergänzt werden diese BMP-1 durch eine Vielzahl an sowjetischen BTR-60 (160 Stück) und BTR-152 (100 Stück) sowie 25 AT-105 Saxon aus britischer Produktion. Erstere wurden 1977 aus der ehemaligen Sowjetunion, letztere 2013 gebraucht aus dem Vereinigten Königreich importiert. Auch wenn die Flotte an gepanzerten Fahrzeugen recht umfangreich erscheint – als modern können lediglich die ab 2006 in Russland produzierten gepanzerten Mehrzweckfahrzeuge des Typs Tiger 4x4 gelten. Das Heer soll über neun oder mehr dieser Fahrzeuge verfügen, deren Herkunft jedoch unklar ist. Wahrscheinlich ist, dass sie im Zuge der Wagner-Mission ins Land gebracht wurden. Unklar ist auch die Herkunft der angeblich in den Beständen der FADM befindlichen MRAPS (Mine Resistant Ambush Protected-Vehicle) von Tata Motors, einem indischen Automobilhersteller. Das SIPRI Arms Trade Register verzeichnet sie jedenfalls nicht

als indische Importe. Tata verfügt in Mosambik zwar über einige Verkaufs-, jedoch über keinerlei Produktionsstätten, so dass anzunehmen ist, dass die Fahrzeuge über ein Drittland eingeführt wurden.

Formell stehen den Streitkräften Mosambiks auch eine Vielzahl an unterschiedlichen Artilleriesystemen zur Verfügung. Bei diesen handelt es sich ausschließlich um Systeme aus ehemals sowjetischer Produktion. Konkret besteht das Arsenal aus 62 gezogenen 20-M-1944 100-mm Geschützen, zwölf M-101 Geschützen des Kalibers 105-mm, zwölf D-30 122 Haubitzen, sechs M-46 130 mm Geschützen und zwölf D-1 152 mm Haubitzen. Zusätzlich befinden sich noch zwölf Grad BM-21 Mehrfachraketenwerfer in den Arsenalen der FADM.

Insgesamt muss die Ausrüstung des Heeres quantitativ als absolut ausreichend bewertet werden. Probleme bestehen vor allem in der Wartung bzw. der Einsatzbereitschaft des veralteten Geräts sowie in der mangelhaften Ausbildung der Truppen.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	30	
Drohnen	1	S-100 Camcopter

Quelle: *IISS Military Balance 2023*

Kommentar

Mit lediglich 200 Soldat:innen stellt die Marine Mosambiks die kleinste Teilstreitkraft dar. Sie besteht aus lediglich 30 Patrouillenbooten, mit denen sie kaum in der Lage ist, Schmuggel und Piraterie in den eigenen Gewässern zu unterbinden bzw. die Seegrenzen zu kontrollieren und zu schützen.

Das Rückgrat der Marine bilden schnelle Patrouillenboote des Typs DV 15 der Privinvest Gruppe mit Sitz im Nahen Osten, zu der die German Naval Yards Kiel (GNYK) gehört. Zwanzig oder mehr dieser Boote soll Mosambik in Betrieb haben. Die genaue Herkunft ist unklar. Ergänzt werden diese durch zwei schnelle Patrouillenboote des Typs HSI 32 Interceptor. Ursprünglich wurden 2016 drei dieser von der französischen Schiffswerft Constructions Mécaniques de Normandie (CMN) hergestellten Schiffe an Mosambik ausgeliefert, wovon allerdings eines im August 2020 bei einem Angriff islamistischer Kräfte auf Mocimboa da Praia durch Beschuss verlorenging. Zwei weitere schnelle Patrouillenboote des Typs Namiliti stammen aus der Produktion der India's Larsen & Toubro Limited. Die Boote, die in Indien die Bezeichnung C-402 (L&T Fast Interceptor) trugen, wurden Mosambik 2019 von der Indischen Marine als Schenkung übergeben. Darüber hinaus befinden sich zwei Interceptor Patrouillenboote im Einsatz der Marine.

Neben diesen schnellen Patrouillenbooten nutzt die Marine Mosambiks noch vier andere Patrouillenboote. Drei dieser Trimarane vom Typ Ocean Eagle 43 lieferte die Construction Mecanique de Normandie (CMN) 2015 an Mosambik. Diese Boote können

einen unbemannten Hubschrauber des Typs Camcopter S-100 mit sich führen, von denen die Marine jedoch derzeit nur eine Einheit besitzt. Diese kann theoretisch auch als Kampfdrohne genutzt werden, wird aber lediglich zu Aufklärungszwecken eingesetzt. Bei dem letzten der vier in Dienst befindlichen Patrouillenboote handelt es sich um ein Boot des Typs Conejera, welches Mosambik 2013 von Spanien gebraucht aber modernisiert als Schenkung erhielt.

Um die Ausbildung der Marine in den Bereichen Anti-Piraterie-Patrouillen, Such- und Rettungsoperationen sowie im Kampf gegen Menschenschmuggel zu verbessern, unterzeichneten Mosambik und Italien 2014 eine Vereinbarung zur technischen Zusammenarbeit. Trotz allen Bemühungen, die Marine zu stärken, sind ihre Kapazitäten aber immer noch so begrenzt, dass die SADC-Mission in Mozambique (SAMIM) zur Unterstützung der Regierung im Kampf gegen islamistische Kräfte im Norden des Landes zusätzlich ein Marineelement enthält, um Waffenschmuggel effektiver unterbinden zu können.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Abfangjäger	8	
Aufklärer	2	
Transportflugzeuge	6	Davon 1 Passagiermaschine
Ausbildungsflugzeuge	2	
Kampfhubschrauber	2	
Transporthubschrauber	2	
Mehrzweckhubschrauber	Mehr als 2	

Quelle: IISS Military Balance 2023

Kommentar

Die Luftwaffe Mosambiks, die Força Aérea de Moçambique (FAM), ist mit rund 1.000 Soldat:innen die zweitgrößte Teilstreitkraft der FADM. Sie besteht organisatorisch aus drei Staffeln: Eine Jagd(bomber)-, eine Transport- und eine Helikopterstaffel.

Die Jagd(bomber)staffel besteht aus Flugzeugen der Typen MiG-21bis Fishbed (6 Stück) bzw. MiG-21UM Mongol B (zwei Stück). Von ersterem Typ wurden 1978 35 vermutlich gebrauchte Flugzeuge aus der ehemaligen Sowjetunion importiert. Die Herkunft der Flugzeuge des zweiten Typs ist unklar. Bei der MIG 21 handelt es sich um ein weit verbreitetes System, das in über 50 Staaten weltweit eingesetzt wird bzw. wurde. Dies macht eine weitere Eingrenzung der möglichen Herkunftsländer kaum möglich. Neben diesen Jagdbombern haben die FAM noch zwei Trainingsflugzeuge des Typs L-39 Albatros zur Ausbildung von Jet-Pilot:innen im Einsatz. Eines dieser Flugzeuge, eine L-39ZO, wurde

2014 gebraucht, aber vermutlich modernisiert aus der Slowakei geliefert. Die Herkunft der anderen Maschinen ist unbekannt. Im Jahr 2014 wurden sechs MIG-21 und ein L-39ZO (möglicherweise das gleiche Flugzeug) von der rumänischen Frima Aerostar modernisiert und mit GPS-Systemen ausgestattet.

Die Transportstaffel der FAM besteht aus insgesamt zehn Flugzeugen, von denen aber nur sechs einsatzfähig sind. So setzte die FAM eine AN-26 Curl, zwei Cessna 150B, eine Cessna 172, eine PA-34 Seneca und eine Passagiermaschine des Typs Hawker 850 XP ein. Vier PA-32 Cherokee sind derzeit nicht einsatzfähig. Bei der AN-26 handelt es sich vermutlich um eine der beiden An-26B-100, die 2014 gebraucht aus der Ukraine importiert wurden. Flugzeuge desselben Typs wurden bereits 1978 aus der ehemaligen Sowjetunion beschafft. Es ist aber unwahrscheinlich, dass eines der damals zwei importierten Flugzeuge noch operabel ist. Bei den restlichen Flugzeugen handelt es sich um zivile, die überwiegend aus den Vereinigten Staaten geliefert wurden.

Die Helikopterstaffel besteht aus lediglich sechs Hubschraubern. Zwei davon sind Angriffshubschrauber des Typs Mi-24 Hind (vermutlich Ausführung D oder E). Zwölf solcher Maschinen wurden 1987/88 aus der Sowjetunion importiert. Ob des Alters der Maschinen wurden zehn inzwischen außer Dienst gestellt bzw. zur Ersatzteilentnahme genutzt. Zwei weitere sind Transporthubschrauber des Typs Mi-8, vermutlich ein Mi-8MT/Mi-17 und ein gebrauchter Mi-8TV. Beide kamen 2019 bzw. 1999 aus Russland. Zuvor hatte Mosambik bereits zwischen 1978 und 1982 insgesamt 15 Mi-8T aus der ehemaligen Sowjetunion bezogen. Zwei bis drei Mi-8 wurden vor einigen Jahren in Äthiopien modernisiert. Eine Maschine ging 2019 in der Provinz Cabo Delgado verloren. Bei den von den FAM eingesetzten zwei Mehrzweckhubschraubern handelt es sich um Hubschrauber des Typs SA-341 Gazelle, welche 2021 aus Südafrika importiert wurden.

Über die letzten Jahre unterstützten diverse Militärunternehmen wie die südafrikanische Dyck Advisory Group, die in Dubai ansässige Burnham Global oder die russische Wagner Gruppe das mosambikanische Militär. Ob der geringen Transport-, Aufklärungs- und Luft-Nahunterstützung-Kapazitäten brachten diese Unternehmen oft auch eigene Hubschrauber mit. Unklar ist, ob es sich dabei um Geräte handelt, die anschließend wieder das Land verließen oder dort dauerhaft zur Unterstützung der FAM verblieben. So berichtet der Informationsdienst Janes Defense News 2019 von etwa ein bis zwei Mi-17, die zwar nicht als russische Importe verzeichnet sind, aber das offizielle mosambikanische Tarnmuster trugen und von Soldat:innen in Uniformen der FAM gewartet wurden. Möglich ist, dass es sich um Leihgaben oder Schenkungen aus Russland handelt. Alternativ können die Hubschrauber aber auch zur Unterstützung der Wagner Gruppe abgestellt worden sein und mit diesen wieder das Land verlassen haben.

Box 2

Peacekeeping

Keine Teilnahme an internationalen Peacekeeping-Missionen.

Quelle: IISS Military Balance 2023

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Vor dem Hintergrund des anti-kolonialen Kampfes entwickelten sich in Mosambik zunächst sehr enge zivil-militärische Beziehungen. Die Mosambikanische Befreiungsfront (Frente de Libertação de Moçambique, FRELIMO) gründete sich 1962, um den Kampf gegen die ehemalige Kolonialmacht Portugal politisch und militärisch zu führen. Dabei folgte die FRELIMO einem Ansatz des Volkskrieges, bei dem keine Unterscheidung zwischen politischem Aktivismus und militärischem Kampf gemacht wurde. In den befreiten Gebieten richtete FRELIMO ab den späten 1960er Jahren eine eigene Verwaltung ein und begann dort auch die Gesellschaft zu transformieren. Wie bei anderen Befreiungsbewegungen auch, profitierten FRELIMO und das Militär in Mosambik extrem von der Tatsache, dass ihnen die Befreiung von Kolonialismus angerechnet wurde bzw. wird. Als 1975 die neuen Streitkräfte jedoch ausschließlich aus ehemaligen FRELIMO Kämpfer:innen aufgebaut wurden, aber über 30.000 Soldat:innen der ehemaligen Kolonialstreitkräfte bei diesem Prozess ausgeschlossen blieben, wuchs im In- und Ausland der Widerstand gegen FRELIMO. Zwei Jahre später gründete sich im damaligen Rhodesien (heute: Simbabwe) der Nationale Widerstand Mosambiks (Resistência Nacional Moçambicana, RENAMO), welcher den Kampf gegen FRELIMO, unterstützt von Rhodesien und Südafrika, aufnahm. Dies steigerte zunächst die interne Solidarität mit den neuen Streitkräften, da diese als Verteidiger:innen gegen einen ausländischen Feind und die Apartheid wahrgenommen wurden. Mit Hilfe der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten wurden die FAP bis 1980 zu einer effektiven konventionellen Armee aufgebaut, welche auch Teil eines Nation Building Projektes war. Ab 1978 führte Mosambik eine Wehrpflicht ein und vergrößerte die Armee massiv. Die Regierung legte dabei, gemäß sozialistischer Doktrin, großen Wert auf eine rigide politische Kontrolle, die die Armee zum größten Stützpfeiler des Regimes machen sollte.

Eigentlich war die Verteidigungsstrategie der Streitkräfte auf einen konventionellen Krieg gegen Rhodesien und Südafrika ausgelegt. Im 15-jährigen Bürgerkrieg hingegen waren sie mit RENAMO und ihrer unkonventionellen Guerilla-Taktik konfrontiert. Infolgedessen reagierte das Militär zunehmend gewaltsam gegen die Zivilbevölkerung, siedelte sie im Zuge von Counter-Insurgency Operationen um und bediente sich immer härterer Rekrutierungsmethoden. Auch verschlang das Militär immer größere Teile des staatlichen Budgets. Im Endeffekt war der Preis für den Krieg gegen RENAMO eine deutliche Verschlechterung der zivil-militärischen Beziehungen. Die ehemals recht harmonische Beziehung zwischen Bevölkerung und Militär verschlechterte sich mit dem Friedensschluss von 1992 nochmals, als Soldat:innen beider Lager die neuen FADM bildeten. Politische Reibereien über die Größe und Zusammensetzung der neuen Streitkräfte führten dazu, dass das Militär immer mehr an Bedeutung verlor und im Jahr 2000 kaum in der Lage war, bei der Flutkatastrophe Hilfe im eigenen Land zu leisten.

Ab 2015 forderten die Aktivitäten der islamistischen Ahlu Sunnah Wa-Jamâ (ASWJ) die staatlichen Sicherheitskräfte heraus, die sich als militärisch unfähig erwiesen, diese Angriffe zu verhindern. Die häufigen Übergriffe auf die Zivilbevölkerung im Zuge des Konfliktes belasten die zivil-militärischen Beziehungen weiter. So fällt die mosambikanische Rapid Intervention Unit immer wieder durch Menschenrechtsverbrechen auf, die von staatlicher Seite nicht geahndet werden. Insbesondere im Norden des Landes kommt es regelmäßig zu Folter und außergerichtlichen Tötungen von Menschen, die verdächtigt

werden mit ASWJ verbunden zu sein. Auch der südafrikanischen Dyck Advisory Group, die Mosambik im Konflikt einsetzt, werden immer wieder unrechtmäßige Angriffe auf Zivilist:innen vorgeworfen. Laut dem [Amnesty International Bericht 2020/2021](#) sind Mitglieder der staatlichen Sicherheitskräfte zudem an Übergriffen auf Aktivist:innen, Politiker:innen und Journalist:innen beteiligt. All dies zeugt davon, dass von den ehemals guten zivil-militärischen Beziehungen heute wenig übriggeblieben ist. In der letzten [Umfrage des Afrobarometers 2019](#) gaben nur knapp über 50 Prozent der Befragten an dem Militär zu vertrauen. Gleichzeitig kam es seit der Unabhängigkeit weder zu politischen Einflussnahmen durch das Militär, noch tritt es als ökonomischer Akteur in Erscheinung.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in Prozent)

	2017	2018	2019	2020	2021
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	2,5	2,8	2,9	4,1	4,5

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Kommentar

Die Polizei Mosambiks, die Polícia da República da Moçambique (PRM), untersteht formal dem Innenministerium und wird von einem:einer Kommandeur:in im Generalsrang befehligt. Diese:r wird direkt von dem:der Präsident:in ernannt. Organisatorisch ist die Polizei in die drei Sparten für öffentliche Ordnung und Sicherheit, Kriminalitätsbekämpfung und Spezialeinheiten gegliedert.

Nach Angaben des [African Policing Civilian Oversight Forum](#) liegt die disziplinarische Kontrolle der Polizei in deren eigenen Händen. Es existiert somit keine unabhängige Stelle, die Vergehen der Polizei untersucht. Um Beanstandungen der Bevölkerung entgegenzunehmen, liegen auf jeder Wache öffentliche Beschwerdebücher aus, die aber nur in seltenen Fällen zu einer offiziellen Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft führten. Es ist unklar, ob die Polizei diese Vorgänge selbst behindert oder die Bearbeitung an einer generell unterfinanzierten und unterbesetzten Judikative scheitert. Von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder Human Rights Watch werden regelmäßig von Fällen von Polizeigewalt gegen Demonstrant:innen, aber auch Journalist:innen und Oppositionelle berichtet. Amnesty International zufolge ist die Zivilbevölkerung darüber hinaus regelmäßiger Schikane und Erpressung durch Polizeikräfte ausgesetzt. Mitte 2021 bestätigte eine Untersuchungskommission des Justizministeriums außerdem, dass staatliche Sicherheitskräfte Insassinnen des Ndlavela Frauengefängnis in Maputo sexuell misshandelt und ausgebeutet haben. Diese Missstände sind jedoch angesichts der gravierenden Menschenrechtsverbrechen der Armee im Kampf gegen islamistische Kräfte im Norden des Landes in der öffentlichen Wahrnehmung eher in den Hintergrund gerückt.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag von 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Mosambik ist einigen wichtigen Abrüstungs- bzw. Rüstungskontrollverträgen nicht beigetreten. Dazu gehören viele der älteren Abkommen zur Begrenzung von Massenvernichtungswaffen wie etwa das Chemiewaffenprotokoll oder der partielle atomare Teststopp Vertrag von 1963. Da Mosambik aber keine Atomwaffen besitzt und dem Non-Proliferationsvertrag beigetreten ist, deutet dies nicht auf ein fehlendes Bekenntnis zur Rüstungskontrolle hin. Auch ratifizierte die Republik 2008 den Vertrag von Pelindaba, der als wichtigster regionaler Vertrag im Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle gilt. Ebenso fehlen der Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und die Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken. Noch schwerer wiegt, dass das Land die Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen nicht unterzeichnet hat. Alle anderen Konventionen zur konventionellen Rüstungskontrolle hat Mosambik jedoch unterzeichnet. Dem Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT), welcher den internationalen Handel mit konventionellen Waffen regeln soll, trat Mosambik 2021 bei. Es unterzeichnete zudem das Firearms Protocol der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (Southern African Development Community, SADC).

Weder von Seiten der UN noch der EU bestehen derzeit Sanktionen gegen Mosambik.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 3

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2022

Mozambique is a multiparty parliamentary democracy with a freely elected republican form of government. In 2019 voters re-elected as president Filipe Jacinto Nyusi of the ruling Front for the Liberation of Mozambique party with 73 percent of the vote in an election with many irregularities reported by observers. Several incidents of serious violence and intimidation occurred during the pre-election period; national and international observers considered voting generally orderly but expressed concerns regarding election irregularities. The National Police, the National Criminal Investigation Service, and the Rapid Intervention Unit are responsible for law enforcement and internal security. They report to the Ministry of the Interior. The Border Security Force, responsible for protecting the country's international borders and for carrying out police duties within 24 miles of borders, also reports to the Ministry of the Interior. The National Penitentiary Service has financial and administrative autonomy but receives policy oversight from the Ministry of Justice. The State Intelligence and Security Service reports directly to the president and is responsible for intelligence operations. The Presidential Guard provides security for the president, and the Force for the Protection of High-level Individuals provides security for senior-level officials at the national and provincial levels. The Armed Defense Forces of Mozambique, consisting of the air force, army, and navy, are responsible for external security, cooperate with police on internal security, and have natural disaster and emergency response functions. The president is commander in chief of these forces. Civilian authorities at times did not maintain control over security forces. There were reports members of the security forces committed some abuses. Significant human rights issues included credible reports of: unlawful or arbitrary killings, including extrajudicial killings; forced disappearance; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; serious abuses in a conflict, including unlawful and widespread civilian deaths or harm, abductions, physical abuses, rape, sexual slavery, and unlawful use of child soldiers by nonstate actors; serious restrictions on free expression and media, including violence and threats of violence against journalists, and unjustified arrests or

prosecutions of journalists; substantial interference with the freedom of peaceful assembly; serious government corruption; and lack of investigation of and accountability for gender-based violence. The government took steps to investigate, prosecute, and punish some officials who committed human rights abuses and engaged in corrupt practices; however, impunity and corruption among state security forces, law enforcement officers, and civilian authorities remained a significant problem. During the year violent attacks against government security forces and civilian populations perpetrated by ISIS-Mozambique that began in 2017 continued in Cabo Delgado Province. In June a series of attacks in southern Cabo Delgado Province increased the number of internally displaced persons. Through joint operations with Rwandan forces, and separately with Southern African Development Community forces, government and allied forces reclaimed territory seized by ISIS-Mozambique, allowing many displaced persons to return to their homes and some government services to resume. Nevertheless, ISIS-Mozambique continued conducting small-scale attacks against military and civilian targets, including in districts previously considered to be secured. The government continued the process of reconstruction and humanitarian assistance to its displaced residents in reclaimed areas. Human rights organizations and the government stated terrorists committed human rights abuses against civilians that included beheadings, kidnappings, and the unlawful use of child soldiers. ISIS-Mozambique continued to abduct and force the displacement of civilians, burn homes, and destroy infrastructure such as health clinics and schools. Security force responses to this violence were sometimes heavy handed, including allegations of arbitrary arrest and detention and extrajudicial killings of both suspected terrorists and civilians. Authorities investigated some reports of abuses, but few led to prosecutions.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2022
<https://www.state.gov/reports/2022-country-reports-on-human-rights-practices/mozambique/>

Box 4

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2022/2023

Armed conflict-driven human rights violations continued in northern Mozambique, aggravating the humanitarian crisis. Armed groups continued to burn villages, behead people and abduct women and girls. Meanwhile government security forces operating in the area also committed human rights violations against the population, including enforced disappearances, harassment and intimidation of civilians, and extortion of payments from traders. Internally displaced people continued to live in deplorable conditions with little access to food, water and housing. The rights to peaceful assembly and expression were repressed. A new NGO law threatened to limit civic space if implemented.

Quelle: Amnesty International Report 2022/2023
<https://www.amnesty.org/en/location/africa/southern-africa/mozambique/>

Box 5

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2023

Bewertung für Mosambik auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:
Bürgerliche Rechte: 31/60
Politische Rechte: 14/40
Gesamtbewertung: Teilweise frei (45/100)

Die Bewertung von Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2023

The ruling party's unbroken incumbency before and since the first multiparty elections in 1994 has allowed it to establish significant control over state institutions. The opposition has disputed the results of recent elections, and its armed wing fought a low-level conflict against government forces that persisted until a truce was signed in 2016. Hundreds of thousands of people have since been internally displaced due to an ongoing Islamist insurgency. Mozambique also struggles with corruption, and journalists who report on it and other sensitive issues risk violent attacks.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/mozambique/freedom-world/2023>

Kommentar

Mit Ausnahme des sogenannten Sozialpaktes (Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) ist Mosambik allen nennenswerten UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten. Freedom House schätzt Mosambik als „teilweise frei“ ein.

Dennoch ist im Verlauf der letzten Jahre eine Verschlechterung der Menschenrechtssituation im Land zu beobachten. Seit den ersten Wahlen im Mehrparteiensystem 1994 gewann die FRELIMO jede Wahl mit absoluter Mehrheit. Nationale und internationale Beobachter:innen prangerten immer wieder Betrug beim Verfahren an. Auch der letzte Wahlkampf 2019 wurde nach [Freedom House](#) von Gewalt gegen oppositionelle Aktivist:innen und Politiker:innen überschattet. Aber nicht nur in Wahlkampfzeiten schränken staatliche Autoritäten die Aktivitäten der Zivilgesellschaft ein. Die fast uneingeschränkte Macht der FRELIMO prägt das politische System des Landes. Obwohl konstitutionell zugesichert, werden friedliche Proteste der Opposition immer wieder verhindert. In einigen Fällen ging die Polizei gewaltsam gegen Demonstrierende vor, berichtet [Amnesty International](#), in anderen Fällen waren es andere Sicherheitskräfte. Auch bei den Regionalwahlen im Oktober 2023 wurden Oppositionelle im Vorfeld teilweise verhaftet und es kam zu Einschüchterungen und anderen Irregularitäten in Wahllokalen.

Die Beziehung zwischen Zivilbevölkerung und staatlichen Sicherheitskräften verschlechterte sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich (vgl. auch Kapitel „[Rolle des Militärs in der Gesellschaft](#)“). Sicherheitsorgane sind oft verantwortlich für (sexualisierte) Gewalt, das Verschwinden von Menschen und Folter. Dem Erstarken islamistischer Gruppen in der Cabo Delgado Provinz trat der Staat mit Counter-Insurgency-Maßnahmen entgegen. Im Zuge dessen mehrten sich die [Berichte](#) über Menschenrechtsverletzungen in der Region sowohl durch staatliche Kräfte als auch durch das von der Regierung angeheuerte private Sicherheitsunternehmen Dyck Advisory Group. Folter und außergerichtlichen Tötungen von Verdächtigen sind weit verbreitet. Sowohl den Armed Forces of Mozambique (FADM), als auch der nationalen Polizei (PRM) und der Rapid Intervention Unit (UIR) wird dies vorgeworfen. Dabei richtet sich die Gewalt der staatlichen Kräfte zunehmend auch gegen Journalist:innen und zivilgesellschaftliche Aktivist:innen. Die

mangelnde Strafverfolgung von nationalen Sicherheitskräften ist ein großes Problem, das zur Fortsetzung unverhältnismäßiger, unrechtmäßiger und willkürlicher Gewalt führt.

Auch bei der Pressefreiheit ist ein Abwärtstrend zu beobachten. So liegt Mosambik im [Pressefreiheitsindex](#) von Reporter ohne Grenzen 2022 nur noch auf Platz 116 von 180 (2020 noch Platz 104). Die Dominanz der staatlichen Medien ist groß und insbesondere in ländlichen Gebieten ist der (Behörden-)Druck auf Journalist:innen hoch. Berichte über sensible Themen wie die Sicherheitslage im Norden des Landes oder die weit verbreitete Korruption können Geld- oder Haftstrafen für unabhängige Journalist:innen nach sich ziehen, gegen die die staatlichen Sicherheitskräfte immer wieder auch gewaltsam vorgehen.

Im Zuge des Konflikts in Cabo Delgado wurden fast eine Million Menschen zu Binnenvertriebenen, die keinen angemessenen Zugang zu Nahrung, Wasser, Bildung und Gesundheit haben. Dabei erleben nach [Human Rights Watch](#) vor allem Frauen sexualisierte Gewalt durch die für die Registrierung oder Nahrungsmittelausgabe zuständigen Behörden. Geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt ist im Land weit verbreitet und wird kaum geahndet. Beides trifft auch auf sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, in der Schule und in Behörden zu. Auch Früh- und Zwangsehen sind in ländlichen Gebieten nach wie vor weit verbreitet. Auf Grund ihrer Diskriminierung im Bildungs- und Beschäftigungsbereich, haben Frauen im Durchschnitt einen geringeren Bildungsstand und weniger Einkommen als Männer. Zwar verfügen Frauen über 42,4 Prozent der Sitze im Parlament und sind – etwa mit der Außenministerin – im Kabinett vertreten. Dennoch sind die meisten politischen Schlüsselpositionen weiterhin von Männern besetzt.

Im regionalen Vergleich gehört Mosambik zu den afrikanischen Ländern, die der LGBTQI*-Community am wenigsten feindlich gegenüberstehen. Homosexualität wurde 2015 entkriminalisiert und gewalttätige Übergriffe gegen LGBTQI* Personen sind selten. Dafür, dass die Rechte sexueller Minderheiten eingeschränkt sind und LGBTQI* Personen weiterhin diskriminiert werden, steht etwa die Tatsache, dass für die Mosambikanische Vereinigung zur Verteidigung sexueller Minderheiten (LAMBDA) die offizielle Registrierung immer noch aussteht. Während dieser Registrierungsprozess in der Regel zwei Monate dauert, wartet diese wichtigste NGO für die Interessen sexueller Minderheiten seit 2008 auf ihre Anerkennung.

Ethnische Minderheiten nehmen uneingeschränkt am politischen Leben teil und Angehörige verschiedener ethnischer Gruppen bekleiden hochrangige Regierungspositionen. Allerdings sind Menschen mit Albinismus nach wie vor Diskriminierung, Verfolgung und Gewalt ausgesetzt.

Innere Lage im Empfängerland

Box 7

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

Mozambique no longer features high macroeconomic growth rates and its reputation among international donors with regard to its capacity to perform has diminished. A third and hopefully lasting peace agreement was signed with RENAMO in August 2019, and the 2019 elections, though rigged, did not unleash a new wave of conflict. That said, there is a small group of armed RENAMO adherents – not linked to the party leaders – that continues to wage sporadic violent attacks. In addition, the

Islamist insurgency in the north has spun out of control with several districts now under the control of militants. Momentum for democratization was supposed to be facilitated by efforts to advance the decentralization process, which included the election of provincial governors instead of their being appointed by the central government, but this has left the opposition with little leverage in the wake of the 2019 elections. In these elections, FRELIMO strengthened its hold on power and consolidated its dominance across all levels of government. The international community and Mozambique's civil society have denounced the widespread fraud, which remained without consequences for the ruling elite. The devastating impact of three cyclones and the humanitarian catastrophe they have wrought, as well as the COVID-19 pandemic, have brought donors somewhat reluctantly back to the table, showing a preference for project funding and in-kind assistance. Mozambique still faces a somber fiscal situation with public debt levels at approximately 120 Prozent of GDP in 2020. Windfalls from natural resource projects have brought some respite. However, the relief is short-lived. These mega-projects, most of which are still in a nascent stage, will neither transform nor diversify the economy and they are not creating employment opportunities for the large share (23 Prozent) of unemployed youth in the country.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2022)

Im Jahresbericht 2022 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Mosambik 26 von 100 möglichen Punkten (2021: 26 Punkte). Damit erzielt es genauso viel Punkte wie Kamerun, Liberia, Madagaskar und Uganda. Deutschland erzielte 79 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2022/>

Spannungen und innere Konflikte

Mosambik erlangte 1975 nach einem elf Jahre währenden bewaffneten Kampf der FRELIMO die Unabhängigkeit von Portugal. Aufbauend auf ihrer entscheidenden Rolle im Befreiungskampf übernahm FRELIMO nach der Unabhängigkeitserklärung die Regierung und wollte ein sozialistisches Ein-Parteien-System errichten. Diesen Plänen widersetzte sich die antikommunistische RENAMO militärisch. So entbrannte 1977, nur zwei Jahre nach dem Erlangen der Unabhängigkeit, ein blutiger Bürgerkrieg, der erst 1992 durch ein Friedensabkommen zwischen den Konfliktparteien beendet werden konnte und dessen Folgen das Land bis heute prägen. Der 15-jährige Gewaltkonflikt hatte die physische und soziale Infrastruktur des Landes großflächig zerstört und beiden Seiten wurden schwere Menschenrechtsverbrechen wie u. a. der Einsatz von Personenminen und Kindersoldat:innen vorgeworfen. Wie zerbrechlich der ausgehandelte Frieden war, zeigte sich spätestens 2013, als nach politischen Spannungen neue Kämpfe zwischen FRELIMO und RENAMO ausbrachen. Nach mehreren gescheiterten Abkommen und wiederholtem Aufflammen der Gewalt konnte 2019 ein erneutes Friedensabkommen zwischen den Parteien erreicht werden. Dennoch wurde auch dies regelmäßig durch eine RENAMO-Splittergruppe, der RENAMO Military Junta (RMJ), die sich einer Demobilisierung widersetzte, verletzt. Noch im August und September 2020 verübte die Gruppe mehrere Attacken gegen Zivilist:innen in Zentral-Mosambik, bei denen mehrere Dutzend Menschen ums Leben kamen. Im Oktober 2021 wurde ihr Anführer Mariano Nhongo offiziellen Angaben zufolge während

einer Militäroperation getötet. Obwohl es seitdem zu keinen weiteren Angriffen kam, bleibt die Gruppe unter einer neuen Führung aktiv.

2015 etablierte sich im marginalisierten Norden des Landes, insbesondere in der nordöstlichen Cabo Delgado-Provinz, eine zunächst friedliche islamistische Bewegung, lokal oft als al-Shabab oder Al-Sunna wa Jama'a (ASWJ) bezeichnet. Die Provinz war trotz reicher natürlicher Ressourcen lange durch die FRELIMO-geführte Zentralregierung sozio-ökonomisch vernachlässigt worden. So fand die Gruppe unter der mehrheitlich muslimischen Bevölkerung schnell Zulauf, radikalisierte sich aber nach Kontakten zu den regionalen Ablegern des sog. Islamischen Staates zunehmend. Die Bewegung, deren Gewaltbereitschaft ebenfalls wuchs, wird seitdem auch als ISIS-Mozambique bezeichnet. Seit 2017 griff sie zunächst in erster Linie Zivilist:innen an, mit steigenden operationellen Kapazitäten jedoch auch Ziele der Regierung sowie Polizei- und Militärposten. Da die mosambikanischen Streit- und Sicherheitskräfte dem wenig entgegenzusetzen hatten, konnte die Gruppe ganze Gebiete der Provinz, etwa 2020 die Stadt Mocímboa da Praia, unter ihre Kontrolle bringen. Am 24. März 2021 startete sie einen viertägigen Angriff auf die Stadt Palma, in dessen Verlauf mindestens 87 Menschen getötet wurden. Mehr als 88.000 Menschen flohen aus der Stadt. Dies zeigte einmal mehr, dass die mosambikanischen Sicherheitskräfte nicht in der Lage waren, die Bevölkerung vor der Gewalt von ISIS-Mozambique zu schützen. Als Reaktion auf diesen massiven Angriff entsandten Ruanda und die Southern African Development Community (SADC), der 16 Staaten des südlichen Afrikas angehören, im Juli 2021 mehr als 3.000 Soldat:innen in die Provinz. Innerhalb kurzer Zeit konnten so die zentralen Stützpunkte der Gruppe zerschlagen und wichtige besetzte Territorien zurückgewonnen werden. Dennoch setzen kleinere islamistische Gruppierungen Attacken in zentralen, nördlichen und küstennahen Teilen der Cabo Delgado Provinz fort. Trotz des militärischen Sieges ist mit ihrem weiteren Agieren aus dem Untergrund zu rechnen, wie auch erste Angriffe mit unkonventionellen Sprengvorrichtungen (improvised explosive devices, IEDs) zeigen. Dies macht deutlich, dass selbst der Einsatz von ausländischen Truppen die Gruppe nur bedingt in Schach halten geschweige denn den Konflikt lösen kann, solange nicht die ihm zugrunde liegenden sozialen, politischen und ökonomischen Ursachen adressiert werden. Im Verlauf des Konflikts, unter dessen direkten und indirekten Folgen insbesondere die Zivilbevölkerung leidet, wurden bisher mindestens 3.700 Menschen getötet und 800.000 zur Flucht gezwungen. Dabei wird nicht nur ASWJ für gezielte Tötungen und Anschläge, Zwangsrekrutierungen oder die Verschleppung und Versklavung von Frauen, sondern auch den mosambikanischen Streitkräften wird immer wieder der Einsatz von massiver, willkürlicher Gewalt gegen Zivilist:innen vorgeworfen. Zahlreiche Binnenvertriebene leiden außerdem unter dem eingeschränkten Zugang zu einer Grundversorgung mit Nahrung, Wasser, Bildung und Gesundheitsversorgung.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Mosambik liegt im südlichen Afrika am Indischen Ozean und grenzt im Norden an Tansania, Malawi und Sambia, im Westen an Simbabwe und im Süden an Eswatini und Südafrika. Mit einer Fläche von 801.590 km² rangiert Mosambik auf Rang 34 der größten Länder der Welt. Den größten Teil der Fläche nehmen Wiesen und Weiden ein. Nur circa vier

Prozent der Fläche wird landwirtschaftlich genutzt. Das Land erlangte erst nach der sog. Nelkenrevolution 1975 in Portugal seine Unabhängigkeit. Noch heute ist Portugiesisch Amtssprache, wobei über 40 Sprachen im Land gesprochen werden. Die größten Bevölkerungsgruppen gehören Bantuvölkern wie den Makua und Tsonga an. Das Land ist administrativ in insgesamt elf Provinzen und 141 Distrikte gegliedert, die sehr unterschiedlich entwickelt sind. So besteht ein deutliches ökonomisches und soziales Gefälle zwischen den südlichen Provinzen – insbesondere der Hauptstadt Maputo und der sie umgebenden gleichnamigen Region - sowie den nördlichen Provinzen wie Cabo Delgado oder Tete. Deren Vernachlässigung spiegelt sich auch im aktuellen Konflikt zwischen den al-Shabab Milizen und staatlichen Sicherheitskräften wider.

Politische Situation in der Region

Die Region des südlichen Afrikas war politisch lange durch den Konflikt zwischen den Apartheids-Regimen in Südafrika und Rhodesien sowie den Befreiungsbewegungen in ihren Nachbarländern geprägt, die ab 1975 begannen, die Macht zu übernehmen. Während Südafrika und Rhodesien damals die oppositionelle, konservative RENAMO-Bewegung in Mosambik unterstützten, verbesserten sich die Beziehungen zwischen den Ländern mit der Machtübernahme der ZANU-PF in Simbabwe und des ANC in Südafrika in den Jahren 1980 bzw. 1994. Diese Normalisierung unterstützte auch die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (Southern African Development Community – SADC), der alle Länder der Region (Südafrika, Eswatini, Simbabwe, Sambia, Malawi, Mosambik und Tansania) angehören. Die Regionalorganisation dient dazu Handelsbarrieren abzubauen, Entwicklung und Sicherheitskooperation zu fördern. Doch trotz der Zusammenarbeit in der SADC und der Hilfe der internationalen Gemeinschaft schafften es Mosambik und Simbabwe wie auch die meisten anderen Staaten der Region nicht, stabile staatliche bzw. demokratische Strukturen zu schaffen und die Lebensbedingungen für ihre Bevölkerungen nachhaltig zu verbessern. Die Region des östlichen Südafrikas um Mozambik ist insgesamt von schwacher Staatlichkeit geprägt. Auf dem Fragile State Index belegt Mosambik 2021 Rang 22, der westliche Nachbar Simbabwe gar Rang 10 unter den 179 Staaten. Kaum besser steht es um die Staatlichkeit in Mosambiks nördlichen Nachbar Malawi (Platz 46) und Eswatini im Süden (Rang 47). Hinzu kommt, dass die meisten Länder der Region nach Angaben von Freedom House als lediglich „Partly free“ (Mosambik, Malawi, Eswatini, Simbabwe, Tansania) eingestuft werden und politischer Wettbewerb in der Regel nur eingeschränkt gegeben ist (in Mosambik regiert seit der Unabhängigkeit die FRELIMO, in Simbabwe ZANU-PF, in Tansania die Chama Cha Mapinduzi, in Südafrika der ANC; in Eswatini herrscht gar eine absolute Monarchie ohne jeden politischen Wettbewerb). Dies führt auch dazu, dass der gesellschaftliche Reichtum in der Region extrem ungleich verteilt ist und nur wenigen zugutekommt. Auf dem sog. Gini-Index, welcher ökonomische Ungleichheit misst, weisen die Staaten der Region Werte zwischen 54 und 63 auf, was weltweit nur selten erreicht wird. Dies wirkt sich auch auf menschliche Entwicklung aus. Auf dem Human Development Index 2019 belegt Mosambik Rang 181 der erfassten 189 Länder. Malawi (Rang 174), Tansania (163) und Simbabwe (150) liegen nur wenige Ränge darüber.

Diese extreme Ungleichheit und damit einhergehende Perspektivlosigkeit für große Teile der jeweiligen Gesellschaften birgt enormes Konfliktpotenzial in sich. So kam es in

Südafrika 2021 zu schweren Auseinandersetzungen und Plünderungen, bei denen 300 Menschen ihr Leben verloren. Die wohl größte Krise der Region schwelt jedoch derzeit in Mosambik selbst. Im Jahr 2015 entstand dort, wie bereits im Abschnitt [Spannungen und innere Konflikte](#) beschrieben, in den marginalisierten Gebieten des Nordens die seinerzeit noch friedliche islamistische Bewegung Ansar al-Sunna, lokal auch als al-Shabaab bekannt.

Grenzkonflikte

Es liegen keine Informationen über Grenzkonflikte mit Nachbarstaaten vor.

Regionale Rüstungskontrolle

Mozambik ist seit 2008 dem vermutlich wichtigsten regionalen Rüstungskontrollvertrag, dem sog. Vertrag von Pelindaba, beigetreten. Das Abkommen zielt darauf ab eine Nuklearwaffen-freie Zone auf dem Afrikanischen Kontinent zu schaffen. Neben diesem, hat Mozambik auch das Firearms Protocol der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (Southern African Development Community, SADC) unterzeichnet. Dieses 2001 in Kraft getretene Instrument soll den legalen grenzüberschreitenden Handel mit Feuerwaffen innerhalb der Region reglementieren und die illegale Herstellung von Waffen und Munition sowie deren Verbreitung in der Region bekämpfen. Mozambik hat zudem die Bamako Erklärung über einen gemeinsamen afrikanischen Standpunkt zur unerlaubten Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen der Afrikanischen Union unterzeichnet.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Es befinden sich keine alliierten Streitkräfte in der Region.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Kommentar

Mosambik ist allen relevanten Anti-Terrorismus-Abkommen bis auf die Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus beigetreten. Letzte wurde von Mosambik im Mai 2006 unterzeichnet, bisher aber nicht ratifiziert. Mosambik selbst verfügt zwar über keinerlei Kernkraftwerke oder Forschungsreaktoren, besitzt jedoch eine Uranmine, die im Zuge der Ratifizierung besonders gesichert werden müsste, was dies allem Anschein nach bisher verhinderte.

Mosambik ist seit 2017 zunehmend Ziel von terroristischen Anschlägen von Ansar al-Sunna und sich zum sog. Islamischen Staat in der Großsahara bekennenden Kämpfer:innen aus Tansania. So berichtet ACLED zwischen 2021 und 2022 von zwölf Bombenanschlägen und 160 Fällen von Gewalt gegen Zivilist:innen, die auf das Konto von nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen gehen und zu 387 Todesopfern führten. Als besonders schwere Anschläge bzw. Angriffe führt der [Country Report on Terrorism 2020](#) des US Department of State jene auf Xitaxi im Muidumbe Distrikt am 8. April 2020 sowie auf Mocímboa da Praia zwischen dem 9. und 11. April des selben Jahres an. Bei ersterem wurden zwischen 50 und 70 Zivilist:innen durch Islamist:innen getötet. Bei zweiterem wurden zwischen 60 und 90 Sicherheitskräfte getötet und mehr als 100 Personen verletzt. Weitere 40 gelten als vermisst. Mit dem Angriff gewannen die Islamisten:innen auch die Kontrolle über die Stadt.

Bisher antwortet die Regierung in Maputo überwiegend auf militärischem Wege auf die terroristische Bedrohung. Um auch präventiv tätig zu werden haben Tansania und Mosambik Anfang 2022 ein Programm zur Deradikalisierung von Jugendlichen in den südlichen Provinzen Tansanias und der Cabo Delgado Provinz Mosambiks gestartet. Dies soll verhindern, dass sich Jugendliche aufgrund von Arbeits- und Perspektivlosigkeit islamistischen Milizen anschließen. Im Mai 2020 wurden parallel jedoch auch die Anti-Terror Gesetze verschärft. Diese sehen nun bis zu 24 Jahren Haft für schuldig gesprochene Terrorist:innen vor. Bis zu acht Jahren Haft sollen für Personen anfallen, die wissentlich falsche Informationen veröffentlichen, nach denen Terrorist:innen handeln (können). Viele sehen darin – je nach Auslegung des Gesetzes - eine Bedrohung für Medienschaffende.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Mosambik ist allen relevanten internationalen Abkommen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung beigetreten. Nichtsdestotrotz stellt internationale organisierte Kriminalität ein großes Problem für das Land dar. Bedingt durch seine Lage am Indischen Ozean und den im Vergleich zu Südafrika schwachen Grenzkontrollen stellt Mosambik schon lange ein Transitland für diverse illegale Güter aus und in die Nachbarländer dar. Hohe Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und bis in die höchsten Ämter verbreitete Korruption stellen weitere Faktoren dar, die dazu beitragen, dass organisierte Kriminalität in Mosambik endemische Ausmaße annimmt. So belegt Mosambik 2021 den 147. von 180 Rängen des [Corruption Perception Indexes](#) von Transparency International. Insbesondere in den marginalisierten Gebieten des Nordens ist laut einer aktuellen Studie der [Global Initiative against Transnational Organized Crime](#) Schmuggel und illegaler Handel so verbreitet, dass die Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Geschäften dort rein akademisch sei. Insbesondere Mocímboa da Praia gilt als Drehscheibe rechtswidrigen Handels: Ausgeführt werden illegal geschlagene Tropenhölzer, Rubine und Diamanten oder Elfenbein. Im Gegenzug werden überwiegend Drogen wie Heroin, Kokain oder Methamphetamin ins Land und auf den Kontinent gebracht. Zu den gehandelten Waren gehören auch Waffen. So kam der Großteil der 2009 in Malawi konfiszierten illegalen Waffen (Ak-47 Sturmgewehre und Makarov Pistolen) laut Polizeiangaben über Mosambik ins Land.

Auch der Menschenhandel ist in Mosambik nicht ungewöhnlich. So werden nach Angaben des [Trafficking in Persons Berichts 2021](#) des US Department of State u. a. Kinder unter Komplizenschaft von Familienmitgliedern verkauft und anschließend zu Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, in Minen oder auf Märkten in ländlichen Gebieten gezwungen. Menschenhändlerlinge locken auch Migrant:innen aus Nachbarländern mit Versprechen für Bildungszugänge ins Land und zwingen sie anschließend zur Prostitution. In der Bekämpfung des Menschenhandels erfüllt das Land nicht einmal die Minimalstandards. So hat die Regierung seit acht Jahren keinen Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung des

Menschenhandels vorgelegt; diesbezügliche Ermittlungen und Verurteilungen gingen zudem im Vergleich zum Vorjahr zurück.

Die Nationale Kriminalpolizei (Serviço Nacional de Investigação Criminal, SERNIC), welche dem Innenministerium untersteht, ist in Mosambik für die Bekämpfung organisierter Kriminalität zuständig. Hier ist auch die nationale Zentralstelle Interpols angesiedelt, über die SERNIC mit Interpol kooperiert. Unterstützt wird SERNIC außerdem über das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UN-Office on Drugs and Crime, UNODC) und das Bureau of International Narcotics and Law Enforcement Affairs (INL) des US-State Department. Ziel dieser Kooperationen ist es insbesondere die Sicherheit im Seeverkehr zu erhöhen und Mosambik zu befähigen den Drogen- und Wildtierschmuggel effektiver zu bekämpfen. Dazu sollen auch die Kapazitäten der zivilen Strafverfolgungsbehörden und des Justizsystems erhöht werden, um in Fällen von Seekriminalität rechtsstaatliche Verfahren durchführen zu können. In Zukunft soll Mosambik zudem Unterstützung auf der Partnership for Regional East Africa Counterterrorism (PREACT), einem 2009 gestarteten Programm des US Department of State, erhalten.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Mosambik hat 2004 zum ersten Mal einen Bericht gegenüber dem UN-Register für konventionelle Waffen (UN-Register of Conventional Arms, [UNROCA](#)) eingereicht. Es folgten unregelmäßig weitere Berichte 2005, 2006 und schließlich 2011. Exporte wurden in keinem dieser Berichte verzeichnet. Zu einigen als Exporte in Berichten anderer Länder angegebenen Transfers existieren keine Angaben von Seiten Mosambiks. Auch im Rahmen des UN-Melderegisters für [Militärausgaben](#) übermittelte das Land keine Daten.

Da Mosambik den Waffenhandelsvertrag (ATT) im Jahr 2018 ratifizierte hätte es einen Initialbericht bis 2020 einreichen sollen, was allerdings nicht geschah. Auch wurde bisher kein Jahresbericht eingereicht. Im Rahmen des [Programme of Action](#) on small arms and light weapons berichtete Mosambik zwischen 2005 und 2016 regelmäßig, seither jedoch nicht mehr.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Wie im Abschnitt Internationale Kriminalität bereits erwähnt, hat sich der Norden Mosambiks zu einer Drehscheibe des illegalen Waffenhandels entwickelt. Dabei fungiert das Land ob seiner schwachen Grenzkontrollen in der Regel als Transitland. In diesem Sinne handelt es sich daher nicht um Wiederausfuhr. Doch auch wenn in der [iTrace Datenbank](#) von Conflict Armament Research, die Fälle illegaler Wiederausfuhr dokumentiert, für Mosambik keine Eintragungen vorhanden sind, kann eine illegale Wiederausfuhr - insbesondere angesichts des hohen Korruptionslevels - keineswegs ausgeschlossen werden.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 8

Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

Mozambique no longer features high macroeconomic growth rates and its reputation among international donors with regard to its capacity to perform has diminished. A third and hopefully lasting peace agreement was signed with RENAMO in August 2019, and the 2019 elections, though rigged, did not unleash a new wave of conflict. That said, there is a small group of armed RENAMO adherents – not linked to the party leaders – that continues to wage sporadic violent attacks. In addition, the Islamist insurgency in the north has spun out of control with several districts now under the control of militants. Momentum for democratization was supposed to be facilitated by efforts to advance the decentralization process, which included the election of provincial governors instead of their being appointed by the central government, but this has left the opposition with little leverage in the wake of the 2019 elections. In these elections, FRELIMO strengthened its hold on power and consolidated its dominance across all levels of government. The international community and Mozambique’s civil society have denounced the widespread fraud, which remained without consequences for the ruling elite. The devastating impact of three cyclones and the humanitarian catastrophe they have wrought, as well as the COVID-19 pandemic, have brought donors somewhat reluctantly back to the table, showing a preference for project funding and in-kind assistance. Mozambique still faces a somber fiscal situation with public debt levels at approximately 120 Prozent of GDP in 2020. Windfalls from natural resource projects have brought some respite. However, the relief is short-lived. These mega-projects, most of which are still in a nascent stage, will neither transform nor diversify the economy and they are not creating employment opportunities for the large share (23 Prozent) of unemployed youth in the country.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/MOZ>

Tabelle 16

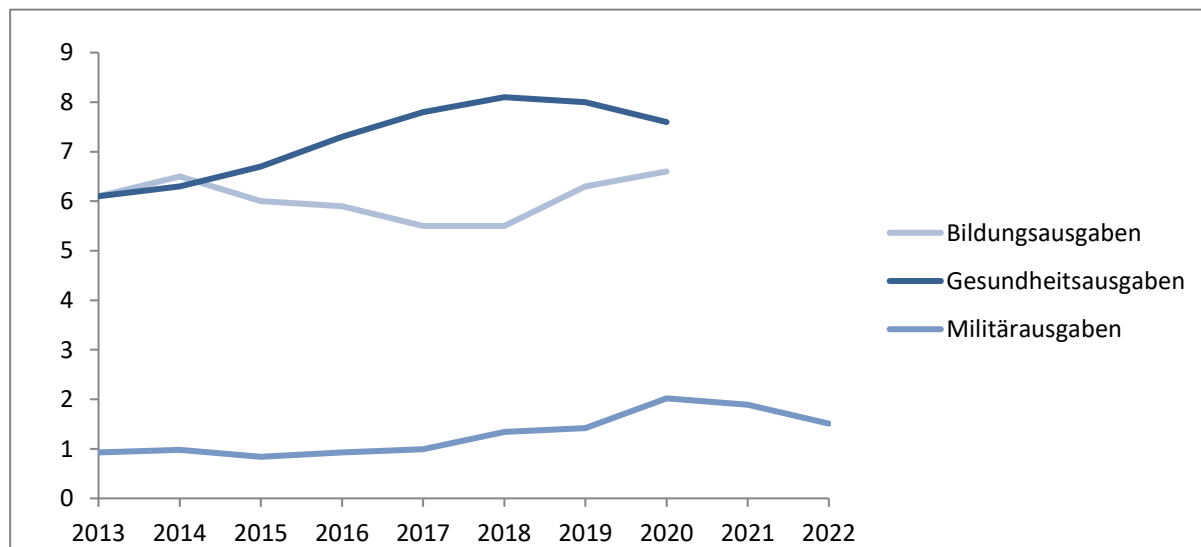
Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)

	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	211	227	325	310	248
Militärausgaben/BIP	1,3	1,4	2,0	1,9	1,5
Gesundheitsausgaben/BIP	8,1	8,0	7,6	-	-
Bildungsausgaben/BIP	5,5	6,3	6,6	7,0	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP(in %)

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2017	2018	2019	2020	2021
Auslandsverschuldung	46335	50219	54659	59054	62819
Anteil am BIP (in Prozent)	350,5	338,3	355,2	417,1	398,2
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	1325,13	1355,47	1194,71	1227,13	1299,8
Net ODA (Prozent of GNI)*	9,34	8,7	7,24	8,38	8,25
Deutsche ODA Zahlungen*	63,81	75,86	53,19	102,2	97,75

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2021); Net ODA (Prozent of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2021).
Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2018	2019	2020	2021	2022
Militarisierungswert	78,6	79,5	90,1	87,7	80,5
Index-Platzierung	107	106	92	96	101

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2018	2019	2020	2021	2022
Malawi	Militarisierungswert	43,3	48,9	59,7	57,6	54,8
	Index-Platzierung	141	140	131	133	131
Tansania	Militarisierungswert	69	68,2	68,9	69,3	69,3
	Index-Platzierung	116	120	118	116	112
Sambia	Militarisierungswert	78,9	73,6	70,6	66,9	70,3
	Index-Platzierung	105	113	115	119	110
Simbabwe	Militarisierungswert	92,2	82,4	66,6	84,7	71,6
	Index-Platzierung	87	103	120	101	109

		2018	2019	2020	2021	2022
Eswatini	Militarisierungswert	-	-	-	-	72,8
	Index-Platzierung	-	-	-	-	106
Südafrika	Militarisierungswert	72,5	72,6	73,9	69,9	67,9
	Index-Platzierung	113	114	111	115	116

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)
Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2023.

<http://gmi.bicc.de/index.php?page=ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2018	2019	2020	2021	2022
Tansania	Militärausgaben (absolut)	655	663	704	760	807
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,0	1,1	1,1	1,1
Malawi	Militärausgaben (absolut)	70	94	102	93	76
	Militärausgaben/BIP	0,6	0,8	0,8	0,8	0,6
Südafrika	Militärausgaben (absolut)	3651	3627	3767	3394	3108
	Militärausgaben/BIP	0,9	0,9	1,0	0,8	0,7
Simbabwe	Militärausgaben (absolut)	195	190	66	261	176
	Militärausgaben/BIP	1,1	0,7	0,3	0,8	0,4
Madagaskar	Militärausgaben (absolut)	75	80	92	99	97
	Militärausgaben/BIP	0,5	0,6	0,7	0,7	0,7
Eswatini	Militärausgaben (absolut)	96	92	89	83	79
	Militärausgaben/BIP	2,1	1,9	1,9	1,8	1,7
Sambia	Militärausgaben (absolut)	305	267	237	218	249
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,3	1,2	1,0	1,2

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2021).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2017	2018	2019	2020	2021
HDI-Wert	0,445	0,451	0,456	0,453	0,446

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Zusammenfassung: Mosambik gilt mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 440 US-Dollar als „low income country“ und weist das drittniedrigste Einkommen weltweit auf. Mosambik ist zudem ein „heavily indebted poor country“, trotz eines gravierenden Schuldenerlasses im Jahr 2005. Die Wirtschaft ist nicht kompetitiv, wenig diversifiziert und basiert zu großen Anteilen auf Agrarwirtschaft und dem Export von Rohstoffen. Die Wirtschaft gilt somit als höchst vulnerabel, insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel. Mit einem HDI-Wert von 0,446 gilt Mosambik außerdem als „Least Developed Country“ und schneidet auch im regionalen Vergleich schlecht ab. Die meisten sozialen Indikatoren zeigen sich entsprechend als desaströs – nur punktuell konnten in den vergangenen Jahren Erfolge erzielt werden. Insbesondere Unterernährung und extreme Armut sind weit verbreitet. Die Gefahr, dass überhöhte Militärausgaben die Entwicklung beeinträchtigen, ist im Hinblick auf die hohe Verschuldung, der hohen Abhängigkeit von Entwicklungshilfe sowie der durchwachsenen Entwicklung in den vergangenen Jahren, gegeben. Rüstungs-Exporte sollten nach Kriterium 8 der EU-Rüstungsexportkriterien – auch entsprechend der BICC-Datenbankbewertung – als kritisch betrachtet und entsprechend abgewägt werden.

Kommentar**Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 440 US-Dollar pro Kopf zählt Mosambik zu den „low income countries“. Die Weltbank führt Mosambik hier sogar als Land mit drittniedrigstem Einkommen weltweit. Lediglich in Afghanistan und Burundi ist die Einkommenssituation noch prekärer. Mit einer Auslandsverschuldung von 398,2 % (gemessen am BIP) weist das Land zudem eine exorbitante Verschuldung auf und gilt entsprechend als ein „heavily indebted poor country“ bzw. ist Teil des entsprechenden Schuldenerlass-Programms des IWF. Seit 2016 befindet sich das Land teilweise im Zahlungsausfall. Stand 16.01.2024 schuldet das Land allein dem Internationalen Währungsfonds 516,88 Mio. US-Dollar. Hinzu kommen mehrere Milliarden bei der Weltbank (3,15 Mrd.) sowie bilaterale Schulden (4,18 Mrd.). Ein Großteil der Auslandsverschuldung (rund 80 %) sind auf den privaten Sektor zurückzuführen. Bereits 2001 bzw. im Herbst 2005 wurde eine fast vollständige Streichung der Schulden (6,33 Mrd. US-Dollar) bei mehreren Institutionen (IWF,

Afrikanischer Entwicklungsfonds, der Weltbanktochter IDA sowie im Rahmen der Multilateral Debt Relief Initiative) beschlossen.

Die Wirtschaft ist nicht wettbewerbsfähig (38,1 Punkte bzw. Rang 137 von 141 im Global Competitiveness Index Ranking 2019). Es ist sehr abhängig von dem Wirtschaftssektor Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, welcher rund 27,5 % der gesamten Wirtschaftsleistung ausmacht. Entsprechend hoch sind hier die Anfälligkeiten für klimatische Extrembedingungen. So führten schwere Zyklone bspw. 2019 zu enormen Zerstörungen, die rund die Hälfte des gesamten Staatshaushaltes ausmachen sollen. Im Global Climate Risk Index belegt Mosambik 2019 den ersten Platz – wurde also in der Vergangenheit ausgesprochen oft von klimatischen Extremereignissen getroffen und ist diesbezüglich höchst vulnerabel. Das Wirtschaftswachstum war mit 4,0 % durchschnittlich in den vergangenen zehn Jahren (und durchschnittlich über 5 % zwischen 2001 und 2015) hingegen solide. Dies ist teilweise auf den Export von natürlichen Ressourcen (u.a. Öl und Flüssiggas) zurückzuführen. 2011 wurden vor der Küste der Provinz Cabo Delgado große Vorkommen entdeckt. Schätzungen sprechen von einem Wert von 150. Mrd. US-Dollar. Daneben exportiert Mosambik aber primär Kohle, Titanerz, Aluminium, Gold und andere extraktive Rohstoffe. Mit dem sich ausweitenden Konflikt mit Al Shabab im Norden des Landes sanken in den letzten Jahren allerdings die aus Rohstoffexporten erzielten Einnahmen und damit das BIP des Landes. Ein Wiederaufbauplan für die Provinz sowie das Programa de Resiliência e Desenvolvimento Integrado do Norte de Moçambique (PREDIN) wurde 2022 genehmigt.

Soziale Entwicklung

Mit einem Anteil von Öffentlichen Entwicklungsgeldern am Bruttonationaleinkommen von 8,25 % (OECD-Angaben) ist eine gewisse Abhängigkeit von Entwicklungshilfe wahrscheinlich. Die Weltbank gibt hier allerdings einen Wert von 15,4 % an (2021), was einen durchaus besorgniserregenden Wert darstellt. Damit liegt es auch hier unter den 20 abhängigsten Staaten weltweit. Mosambik zählt zudem zu den „Least Developed Countries“ und erreicht lediglich einen Wert von 0,446 im Human Development Index. Damit belegt es den 185. von 191 Plätzen weltweit und schneidet auch im regionalen Vergleich schlecht ab. Die Nachbarstaaten Simbabwe, Sambia und Eswatini erreichen bspw. Werte von 0,565 bis 0,597 (und damit eine „mittlere menschliche Entwicklung“), Malawi und Tansania erreichen 0,516 bzw. 0,549. Damit liegt Mosambik auch unter dem Durchschnitt aller Staaten Sub-Sahara-Afrikas. Ähnlich sieht es bei dem Gender Development Index aus, in dem Mosambik (regional sowie global betrachtet) ebenfalls schlecht abschneidet. Die durchschnittliche Schuldauer soll demnach bei lediglich 4,1 Jahren für Männer und 2,4 Jahren für Frauen liegen. Auch wenn der Schulbesuch in Mosambik bis zum Alter von 12 Jahren verpflichtend und offiziell kostenlos ist, werden Schulgebühren erhoben, die sich viele Familien nicht leisten können. Obwohl im Grundschulbereich Einschulungsquoten von über 90 Prozent (2018) erreicht werden, machen laut UNESCO Angaben nur rund 43 Prozent der Eingeschulten einen Abschluss. Die Alphabetisierungsquoten sind mit 72,5 % für Männer und 48,6 % für Frauen entsprechend niedrig.

2019 Lebten 74,4 % der Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze von 2,15 PPP-Dollar am Tag. Die Einkommen sind zudem auch noch sehr ungleich verteilt: Der Gini-Index von 50,5 weist auf eine extreme Schieflage der Einkommensverteilung hin. Arbeitslosigkeit bzw. Jugendarbeitslosigkeit scheinen mit 3,9 % bzw. 8,1 % (ILO-Schätzungen)

hingegen kein großes Problem darzustellen. Andere wichtige Kennziffern der Sustainable Development Goals erweisen sich hingegen nach wie vor als desaströs: die Kinder- und Müttersterblichkeit liegen mit 127 pro 100.000 bzw. 69,6 pro 1.000 Lebendgeburten sehr hoch. Hier konnten aber einige Fortschritte erzielt werden, 2013 lagen diese Werte bspw. noch bei 241 bzw. 92,1. Auch Unterernährung und Unterentwicklung sind somit weiterhin verbreitet und haben in den vergangenen Jahren teilweise noch zugenommen. Erstere wird auf 30 % der Bevölkerung geschätzt; rund 40 % sind von schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen. Zugang zu Elektrizität (31,5 %), sauberem Trinkwasser (61,5 %) und Sanitär-Infrastruktur (37 %) sind stark eingeschränkt, insbesondere im ländlichen Raum. Entsprechend liegt die Mortalitätsrate aufgrund unsicherer Wasser- und Sanitärversorgung bei 45,6 pro 100.000 Einwohner:innen (der weltweite Durchschnitt liegt bei 18,4). Die Lebenserwartung ist mit 59,3 Jahren sehr niedrig (der weltweite Durchschnitt liegt bei 71 Jahren).

Die Bildungs- sowie Gesundheitsausgaben lagen mit 6,0 % bzw. 7,2 % am BIP (durchschnittlich über die letzten zehn Jahre) recht hoch – insbesondere im Vergleich zu den gering anmutenden Militärausgaben von 1,3 %. Mosambik gilt zudem als schwach militarisiert (Rang 101 im jüngsten Globalen Militarisierungsindex). Nichtsdestotrotz sind die Militärausgaben in den vergangenen Jahren zumeist gestiegen. Die Gefahr, dass überhöhte Militärausgaben die Entwicklung beeinträchtigen, ist im Hinblick auf die hohe Verschuldung, der hohen Abhängigkeit von Entwicklungshilfe sowie der durchwachsenen Entwicklung in den vergangenen Jahren, gegeben. Rüstungsexporte sollten nach Kriterium 8 der EU-Rüstungsexportkriterien – auch entsprechend der BICC-Datenbankbewertung – als kritisch betrachtet und entsprechend abgewägt werden.

bicc \
Bonn International Centre for Conflict Studies GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany
+49 (0)228 911 96-0, bicc@bicc.de

www.bicc.de
www.facebook.com/bicc.de
twitter.com/BICC_Bonn



Direktor
Professor Dr. Conrad Schetter

HERAUSGEBER
Dr. Markus Bayer

SONSTIGE MITARBEIT
Rolf Alberth
Stella Hauk
Fiona Wilshusen
Paul Rohleder

LAYOUT
BICC

VERÖFFENTLICHUNG
26.01.2024

Dieser Bericht wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

